

ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger



Ausgabe vom 4. Januar 2016 – 1/2016

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) rückt nach rechts

Die Alternative für Deutschland (AfD) rückt im deutschen Parteienspektrum immer stärker nach rechts. Dies verschärft einerseits ihre inneren Spannungen, andererseits profitiert sie von der Flüchtlingskrise in Europa und Deutschland. Eine feste Etablierung dieser Partei ist keineswegs sicher. Hohe Kompetenzwerte der Union in der Flüchtlings- und Integrationspolitik sowie der inneren und äußeren Sicherheit werden die Zustimmung für die AfD rasch reduzieren.

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) rückt nach rechts

Gerhard Hirscher

Der bisherige (Erfolgs)weg der AfD: Woher kamen ihre Wähler?

Die Bundestagswahl 2013

Bei der Bundestagswahl vom 22. September 2013 scheiterte die AfD mit 4,7 % der Zweitstimmen nur knapp an einem Einzug in den Deutschen Bundestag. Auch wenn sie an Erststimmen mit 1,9 % deutlich weniger erhielt, war dies für eine erstmals angetretene Partei ein beachtlicher Erfolg. Sie holte aus dem Stand 2.056.985 Zweitstimmen – damit fehlten ihr lediglich 129.358 Stimmen, um über die 5%-Hürde zu kommen. Glaubt man der publizierten Wählerwanderungsbilanz von Infratest dimap,¹ dann hat die AfD den überwiegenden Teil ihrer Stimmen bei der Bundestagswahl 2013 von anderen Parteien abgezogen – insgesamt fast 85 %. Lediglich 210.000 Stimmen, also etwa ein Zehntel – genau 10,2 % –, kamen aus dem Bereich früherer Nichtwähler. Dazu konnte sie noch 100.000 Erstwähler mobilisieren. Den höchsten Zuwachs hatte sie mit 430.000 Stimmen von der FDP (20,9 %), der sie damit enorm und mit den größten Konsequenzen schadete. Gut ein Fünftel aller AfD-Stimmen kam also von früheren FDP-Wählern. Ein knappes Fünftel (410.000 Stimmen) kam von sonstigen Parteien. Von der Linken holte die AfD 340.000 Stimmen, das entsprach 16,5 %. Aus dem Lager der Union holte die AfD 290.000 Stimmen – immerhin 14,1 % aller AfD-Stimmen kamen von CDU oder CSU. Von der SPD kamen noch 180.000 Stimmen und von den Grünen 90.000.

Bei der gleichzeitigen Landtagswahl in Hessen² holte die AfD knapp zwei Drittel der Stimmen (63,0 %) von anderen Parteien. 31.000 Stimmen, also immerhin mit 24,4 % fast ein Viertel, kamen aus dem Bereich früherer Nichtwähler. Ansonsten kamen jeweils 20.000 Stimmen von der FDP (15,7 %) und von sonstigen Parteien, 15.000 von der CDU (das entspricht 11,8 %), 10.000 von den Grünen, 8.000 von der Linken (6,3 %) und 7.000 von der SPD. Weiterhin konnte sie 8.000 Erstwähler mobilisieren. In der Struktur zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei der Bundestagswahl, jedoch ist bei hier geringerem Mobilisierungsgrad der Gewinn aus dem Nichtwählerlager deutlich höher und der von den anderen Parteien geringer.

Die Europawahl 2014

Bei der Europawahl am 24. Mai 2014³ kam die AfD auf 7,1 % und erzielte 7 Mandate. In Bayern kam sie auf 8,1 %. Die AfD gewann (im Vergleich von Infratest dimap zur Bundestagswahl 2013) von anderen Parteien 44,6 % ihrer Stimmen. Von der Union kamen 510.000 Stimmen (25 %), von der SPD 180.000, von der Linken 110.000 (5,4 %), von der FDP 60.000 (2,9 %) und von den Grünen 30.000. Von den sonstigen Parteien gewann sie 20.000 Stimmen, musste aber 910.000 Stimmen (44,6 % ihrer Stimmen der Bundestagswahl) an die Nichtwähler abgeben.

Die Landtagswahl in Sachsen

Bei der Landtagswahl in Sachsen am 31. August 2014⁴ holte die AfD 9,7 % und 14 Sitze. Die Stimmen für die AfD speisten sich laut Infratest dimap mit 39.000 Stimmen (24,4 %) am meisten aus dem Bereich der sonstigen Parteien. Generell kamen 80,6 % ihrer Stimmen von anderen Parteien. Es kamen aber auch 33.000 Stimmen (20,6 %) von der CDU, 18.000 (11,2 %) von der FDP, 16.000 von den Nichtwählern (10,0 %), 15.000 von der Linken (9,4 %), 13.000 von der NPD, 8.000 von der SPD und 3.000 von den Grünen.

Die Landtagswahl in Thüringen

Bei der Landtagswahl in Thüringen am 14. September 2014⁵ holte die AfD 10,6 % und 11 Sitze. Die AfD holte laut Infratest dimap mit 23.000 Stimmen den größten Anteil von den sonstigen Parteien (23,2 %). Insgesamt kamen 81,8 % ihrer Stimmen von anderen Parteien. 18.000 Stimmen kamen von der CDU (18,2 %), 16.000 von der Linken (16,2 %) und jeweils 12.000 von SPD und Nichtwählern (12,1 %). Dazu kamen 11.000 Stimmen von der FDP (11,1 %) und 1.000 von den Grünen.

Die Landtagswahl in Brandenburg

Bei der Landtagswahl in Brandenburg vom 14. September 2014⁶ holte die AfD 12,2 % und 11 Sitze. Insgesamt kamen 77,9 % ihrer Stimmen von anderen Parteien. Die AfD holte laut Infratest dimap 27.000 Stimmen von sonstigen Parteien (22,1 %), 20.000 von der Linken (16,4 %), 18.000 von der CDU (14,7 %), 17.000 von der FDP (13,9 %), jeweils 12.000 von SPD und Nichtwählern (9,8 %) und 1.000 von den Grünen.

Die Bürgerschaftswahl in Hamburg

Die AfD holte auf Anhieb 214.833 Stimmen und zog mit einem Anteil von 6,1 % ebenfalls in die Bürgerschaft ein. Auch bei den Wahlkreisstimmen kam sie auf 6,2 %. Sie holte laut Infratest dimap mit 9.000 Stimmen den größten Teil ihrer Gewinne von den sonstigen Parteien (20,9 %). Immerhin 8.000 Stimmen kamen jeweils von Nichtwählern und CDU (18,6 %), 7.000 von der SPD (16,3 %), 4.000 von der FDP (9,3 %) und jeweils 1.000 von Linken und Grünen.⁷

Die Bürgerschaftswahl in Bremen

Die AfD holte 5,5 % und zog ebenfalls in die Bürgerschaft ein (5,6 % in Bremen, aber nur 5,0 % in Bremerhaven). Sie holte laut Infratest dimap erneut den größten Teil ihrer Gewinne von den sonstigen Parteien mit 5.500 Stimmen (45,8 %). Von der CDU kamen 2.000 Stimmen (16,7 %). 1.500 kamen von den Nichtwählern (12,5 %), jeweils 1.000 von SPD und Grünen (8,3 %) und 500 von der FDP (4,2 %).⁸

Zwischenfazit: Die bisherigen Wähler der AfD

Bei allen bisherigen Wahlen hat die AfD Wähler aus sehr unterschiedlichen Bereichen anziehen können. Aus dem Nichtwählerlager holte sie jeweils etwa ein Zehntel ihrer Stimmen; lediglich in Hamburg war dieser Wert etwas höher. Von Union kamen zumeist zwischen 14 % und 20 % – also bestenfalls ein knappes Fünftel ihrer Stimmen. Allein mit von der Union abgewanderten Wählern hätte die AfD also bei keiner Wahl annähernd so gut abgeschnitten. Kamen bei der Bundestagswahl 2013 noch gut 20 % ihrer Wähler von der FDP, so waren dies bei den Wahlen im Osten nur noch um die 10 % und in Hamburg und Bremen deutlich darunter. Die weitaus größten Anteile holte sie von den sonstigen Parteien – bei der Bundestagswahl und in Hamburg etwa ein Fünftel, bei den Wahlen im Osten ein knappes Viertel und in Bremen fast die Hälfte. Dieser Teil sowie die Gewinne aus dem Nichtwählerlager waren bisher also die ergiebigsten Quellen für den Stimmenzuwachs der AfD. Hinzu kam bei der Bundestagswahl wie bei den Wahlen im Osten ein Anteil von bis zu 16 %, der von der Linken zur AfD wanderte. Insgesamt holte die AfD also bisher fast die Hälfte ihrer Wähler von Linken, Nichtwählern und sonstigen Parteien.

Schon bei den bisherigen Wahlen war die Eurokritik nur für etwa ein Fünftel ihrer Wähler das entscheidende Argument gewesen. Daneben spielten Kritik am Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen, Angst vor Kriminalität und soziale Fragen eine größere Rolle. Sie war weniger eine eurokritische denn eine mehrdimensionale Protestpartei.

Innere Entwicklung und demoskopischer Widerhall

Der bisherige Weg der AfD war für eine Neugründung ein bislang nicht gekannter Erfolg im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Nach dem knappen Scheitern bei der Bundestagswahl feierte sie Erfolge bei der Europawahl und in fünf weiteren aufeinander folgenden Landtagswahlen. Nicht nur im Osten, wo sie von Anfang an den Schwerpunkt ihrer Wählerschaft hatte, sondern auch im Westen konnte sie in die Parlamente von Hamburg und Bremen einziehen.

Unmittelbar nach der Wahl in Bremen brach aber der Richtungsstreit zwischen den eher bürgerlich-eurokritischen und den rechtspopulistischen Teilen der Partei voll aus. Gleichzeitig erfolgte ein demoskopischer Abstieg (so sah die FG Wahlen die AfD seit Juni 2015 unter 5 %; Infratest dimap dann seit Juli 2015). Nach ihrem außerordentlichen Parteitag am 4./5. Juli 2015 kulminierte die interne Krise, die zum Austritt von Parteigründer Bernd Lucke kurz danach führte, der eine eigene Partei Alfa gründete („Allianz für Fortschritt und Aufbruch“). Da auch eine ganze Reihe von Mitgliedern die AfD verließ, schien die weitere Entwicklung für beide Gruppierungen ungewiss.

Die ansteigende Flüchtlingswelle nach Deutschland im Sommer 2015 hat aber anscheinend deutlich stärker der AfD genutzt, die sich jetzt – nach dem Weggang des Lucke-Flügels und der Gründung von Alfa – programmatisch und vor allem in der Außenwirkung deutlich nach rechts

orientiert hat. Dies hat ihr auch demoskopisch genutzt, da die AfD bei den großen Instituten seit Ende September bzw. Anfang Oktober 2015 kontinuierlich über 5 % gemessen wird. Bei Umfragen für Landtagswahlen erreicht sie seither sogar teilweise noch weit höhere Werte, erneut vor allem im Osten.

Die veränderte Einordnung der AfD durch die Bevölkerung spiegelt sich auch in den demoskopischen Bewertungen der Partei wider. So war laut FG Wahlen die Sicht auf die Partei Mitte 2014 noch relativ ausgewogen: Damals ordneten immerhin 12 % die AfD als links oder sehr links ein, 29 % in der Mitte und 38 % rechts oder sehr rechts. Der letzte Wert blieb im August und September 2014 bei 34 % und 39 %. Im Januar 2015 sahen nur noch 20 % die AfD in der Mitte, aber 49 % rechts oder sehr rechts.⁹ Im Mai 2015 stieg dieser Wert auf 53 % und im November 2015 sogar auf 57 %. Nur noch 18 % der Befragten sahen die AfD in der Mitte.¹⁰

Diese Entwicklung hat sich also im Lauf des Jahres 2015 drastisch beschleunigt: So ist die AfD auf der Skala von Infratest dimap (von 1 links bis 11 rechts) im Oktober 2014 mit einem Wert von 7,5 deutlich rechts von CDU und CSU eingestuft worden. Im November 2015 ist die AfD mit einem Wert von 8,3 nochmals deutlich weiter nach rechts gerückt und hat sich von der Einstufung der anderen Parteien weiter entfernt. Nur die NPD mit 9,7 wird noch weiter rechts verortet. Dabei ist interessant, dass sich die AfD-Anhänger selbst nach wie vor mit einem Wert von 6,3 weit näher an der Mitte sehen. Allerdings ist auch die Verortung der AfD durch die eigenen Anhänger selbst weiter nach rechts gerückt auf 7,2 nach 6,7 im Jahr 2014.¹¹

Am Jahresende 2015 steht die AfD im demoskopischen Rückenwind. So erreicht sie bei Umfragen zur Wahlabsicht bei Bundestagswahlen kontinuierlich Werte über 5 % bei Spitzen von 10 % (bei einer Bandbreite zwischen 7 % und 10 %). Auch bei zahlreichen Umfragen zu Landtagswahlen lag sie darüber mit Spitzenwerten zwischen 12 % und 13,5 % in den östlichen Ländern. In den Ländern mit Landtagswahlen am 13. März 2015 lag sie darüber: in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg bei 7 % und 8 %, in Sachsen-Anhalt bei 13,5 %. In manchen Umfragen wurde das Potenzial der AfD im Osten auf 16 % taxiert.¹²

In Bayern finden sich ebenfalls ab Anfang Oktober 2015 Umfragewerte für die AfD bei Landtagswahlen von über 5 % – zuletzt 8 % bei einer Umfrage von GMS im November. Das Institut Forsa hat als Wahlabsicht für Bundestagswahlen in Bayern auch höhere Werte ermittelt (zuletzt 10 %). Allerdings hat Forsa in der Vergangenheit meist höhere Werte für die AfD gemessen als andere Institute.

Zweifellos ist aber im Bund wie in Bayern ein höheres Wählerpotenzial für die AfD vorhanden, als es sich in der Sonntagsfrage ausdrückt. Dies ist allerdings keine Überraschung, da sich die theoretischen Potenziale für Parteien immer weit höher als die tatsächlichen Ergebnisse aufaddieren. So hat das Institut GMS in einer Umfrage von Mitte November 2015 ermittelt, dass sich in Bayern 24 % aller Befragten die Wahl der AfD vorstellen können, darunter auch 25 % der Wähler der CSU.¹³ Dies gilt auch für 19 % der Wähler der SPD, 15 % der Grünen, 13 % der Freien Wähler und sogar 29 % der FDP-Wähler.

Strategische Konsequenzen des Rechtsrucks der AfD

Nach übereinstimmenden demoskopischen Befunden ist die AfD im Laufe des Jahres 2015 in den Augen der Bevölkerung weiter nach rechts gerückt. Sie wird immer mehr als rechts(populistische) Partei wahrgenommen, was sie vom gesellschaftlichen und publizistischen Mainstream kontinuierlich entfernt. Das birgt für die AfD Gefahren, aber auch Chancen, die nicht zu vernachlässigen sind.

Die größte Gefahr für die AfD liegt in der unterschiedlichen Verortung ihrer Sympathisanten und dem Bild in der Öffentlichkeit. Die demoskopischen Ergebnisse zeigen, dass sich auch zum Jahresende 2015 die Wähler der Partei weit stärker in der Mitte sehen. Das könnte durchaus dazu führen, dass ein beachtlicher Teil ihrer Wählerschaft sich vom veränderten Image der Partei abgestoßen fühlt und sich wieder den Parteien der bürgerlichen Mitte annähert – vor allem dann, wenn die Abspaltung Alfa weiterhin chancenlos bleibt.

Auf der anderen Seite rückt die AfD stärker in einen Einstellungsraum, der von den anderen demokratischen Parteien immer mehr verlassen worden ist. Alle etablierten Parteien – SPD, Grüne, FDP, CDU und CSU – sind in den letzten Jahren in der Beurteilung aller Bürger immer mehr Richtung Mitte gerückt. Union und FDP haben diese Bewegung nach links mitgemacht und sind damit der Entwicklung der Gesamtgesellschaft gefolgt. Das Feld rechts von der Mitte wurde immer mehr zur Leerstelle. Die AfD steht auf der Links-Rechts-Skala heute da, wo 1998 noch die CDU gestanden hatte.

Dies ist konsequent, weil die große Mehrheit der Wählerschaft in Deutschland sich um die Mitte herum definiert – der Medianwähler steht mittlerweile sogar leicht links davon. Zugleich ist das Feld rechts von der Mitte durchaus bevölkert und wäre so für die AfD ein lohnender Markt, vor allem wenn andere Parteien dort nicht gesehen werden und die Entwicklung der Flüchtlingspolitik dort möglicherweise neue Nachfrage eröffnet. Die Anzahl der Bürger, denen der Flüchtlingszustrom Sorgen bereitet, steigt kontinuierlich – in den Zahlen des IfD Allensbach vom Oktober 2015 haben 54 % „große Sorgen“ und nochmals 38 % „etwas Sorgen“.¹⁴ Zugleich fühlen sich viele Bürger in den Medien nicht mehr wahrgenommen: In einer Umfrage von TNS Forschung von Anfang Dezember 2015 glaubten 59 % (bei den 18- bis 29-Jährigen sogar 68 %), dass die deutschen Medien über die Flüchtlingskrise nicht ausgewogen berichteten.¹⁵ Von der erwachsenen Bevölkerung glauben nach IfD Allensbach 39 % (im Osten sogar 44 %), am Vorwurf der „Lügenpresse“ sei etwas dran. Etwa die Hälfte kritisiert, es werde zu wenig über die Risiken des Flüchtlingsstroms berichtet, und 41 % haben den Eindruck, dass kritische Stimmen weitgehend ausgeblendet werden.¹⁶ Es liegt auf der Hand, dass die AfD in der Flüchtlingsthematik ihre große Chance sieht.

In den neuesten demoskopischen Werten deutet sich an, dass nur die CSU in den Augen der Bevölkerung wieder stärker auf diesem Weg innegehalten hat und etwas stärker rechts von der Mitte gesehen wird als in den Jahren zuvor und vor allem als die CDU. Nach den jüngsten Zahlen von Infratest dimap wird die CSU rechts von der Mitte, die CDU aber schon leicht links von der Mitte eingeordnet. Die in den letzten Jahrzehnten generell gewachsene Bereitschaft zur Nicht-

wahl hat sicher gerade in diesem Bereich ein nicht unerhebliches Wählerreservoir gefüllt, das theoretisch durch entsprechende Angebote angesprochen werden könnte.

Dies bedeutet Chancen für die Union, die vor allem durch die CSU genutzt werden können. Dabei schadet es ihrer Rolle als unechter Regionalpartei gemäß auch nicht unbedingt, wenn sie in der Öffentlichkeit immer wieder unterschiedliche Positionen zu der CDU vertritt. Wie in den vergangenen Jahrzehnten auch können somit unterschiedliche Signale an die bürgerliche Wählerschaft gesandt werden – unabhängig davon, welche der C-Parteien im jeweiligen Land wählbar ist.

Für die AfD ergibt sich das strategische Problem, dass sie sich rechts genug platzieren muss, um möglichst viele Wähler in diesem (tendenziell rückläufigen) Segment ansprechen zu können. Ein Weg zurück zu einer liberaleren eurokritischen Partei ist nach der Abspaltung des Lucke-Flügels nicht mehr möglich. Jede weitere Profilierung in die andere Richtung wird sie der unerbittlichen Dauerkritik praktisch aller anderen politischen Kräfte und insbesondere von Medien und Publizistik unterziehen. Als einziges Megathema der Partei ist die Flüchtlingsproblematik zu erkennen. Jede Verbesserung in diesem Bereich wird der AfD im Laufe des Jahres 2016 Zuspruch kosten, auch wenn sich das möglicherweise bei den Landtagswahlen im März 2016 noch nicht in vollem Umfang zeigen wird.

Zusammenfassende Thesen

1. Die AfD hat schon bisher zum geringeren Teil von Zuwächsen von den großen Parteien und insbesondere von CDU und CSU profitiert. Dies dürfte auch künftig so bleiben.
2. Allerdings eröffnen ihr die gesunkene Wahlbeteiligung und damit die geringere Ausschöpfungsquote der großen Parteien größere Spielräume. Sie ist daher ein typisches Angebot für unsichere und experimentierfreudige Wähler.
3. Die Eurokritik war – entgegen manchem Bild in der Öffentlichkeit – schon bisher nur für einen geringen Teil der AfD-Wähler das entscheidende Motiv. Dies wird auch künftig so bleiben.
4. Angesichts der latenten Grunddisposition eines großen Teiles ihrer Wählerschaft bietet die Flüchtlingskrise eine große Chance für die AfD. Dies eröffnet ihr Mobilisierungspotenzial in weiten Teilen der sich sozial und kommunikativ abgehängt fühlenden Bevölkerung, insbesondere im Osten.
5. Hierfür ist es nicht entscheidend, dass die AfD über kein wirklich überzeugendes Personal auf Bundes- wie auf Landesebene verfügt. Kurzfristig kann sie auch als Phantompartei mobilisieren, wie es anderen Parteien (etwa die DVU in einigen Ländern des Ostens) auch schon gelungen war.
6. Die AfD rückt in der Wahrnehmung der Bevölkerung nach rechts. Dies liegt aber auch daran, dass sich die etablierten Parteien in den letzten 20 Jahren in dieser Gesamtwahrnehmung nach links bewegt haben. Auf der Links-Rechts-Skala steht die AfD heute da, wo 1998 die CDU stand.

7. Diese Entwicklung bietet aber auch eine Chance für die Union, die nur sie so wahrnehmen kann: Die CSU kann sich in Arbeitsteilung mit der CDU wieder etwas weiter rechts im politischen Einstellungsspektrum positionieren. Heute wird die CSU noch rechts von der Mitte, die CDU schon leicht links von der Mitte gesehen. Dies kann die Mobilisierungsfähigkeit der gesamten Union auch angesichts hoher Flüchtlingszahlen erhöhen.
8. Entscheidend ist es aber insbesondere für die Union, glaubhafte Vorschläge zur Problemlösung in der Flüchtlingspolitik vorzulegen. Dabei dürfen andere zentrale Politikfelder nicht vernachlässigt werden wie Eurokrise, die Zukunft der EU (Grexit / Brexit), Innere Sicherheit / Kriminalität und soziale Fragen.

Anmerkungen

- ¹ Infratest dimap, Wahlreport Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013, Berlin 2013.
- ² Infratest dimap, Wahlreport Hessen 2013. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013, Berlin 2013.
- ³ Infratest dimap, Wahlreport Europawahl in Deutschland. Eine Analyse der Wahl vom 25. Mai 2014, Berlin 2014.
- ⁴ Infratest dimap, Wahlreport Sachsen 2014. Eine Analyse der Wahl vom 31. August 2014, Berlin 2014.
- ⁵ Infratest dimap, Wahlreport Thüringen 2014. Eine Analyse der Wahl vom 14. September 2014, Berlin 2014.
- ⁶ Infratest dimap, Wahlreport Brandenburg 2014. Eine Analyse der Wahl vom 14. September 2014, Berlin 2014.
- ⁷ Infratest dimap, Wahlreport Bürgerschaftswahl Hamburg 2015. Eine Analyse der Wahl vom 15. Februar 2015, Berlin 2015.
- ⁸ Infratest dimap, Wahlreport Bürgerschaftswahl Bremen 2015. Eine Analyse der Wahl vom 10. Mai 2015, Berlin 2015.
- ⁹ Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Januar II 2015.
- ¹⁰ Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer November II 2015.
- ¹¹ Infratest dimap, Deutschland Trend November 2015.
- ¹² So Forsa von Anfang Dezember 2015. Siehe hierzu: Umfrage: AfD liegt in Ostdeutschland bei 16 Prozent, in: Spiegel online, 9.12.2016.
- ¹³ <https://www.sat1bayern.de/news/20151120/csu-mehrheit-in-bayern-in-gefahr/>
- ¹⁴ Köcher, Renate: Kontrollverlust – die Besorgnis der Bürger wächst, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 21.10.2015.
- ¹⁵ Aufstand der Ängstlichen, in: Der Spiegel, 12.12.2015, S. 18-27.
- ¹⁶ Köcher, Renate: Vertrauen und Skepsis – Bürger und Medien, in: FAZ, 16.12.2015.

Autor

Dr. Gerhard Hirscher

ist Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien- und Wahlforschung, Hanns-Seidel-Stiftung, München.